



Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol

Wirtschaftspolitik, Maximilianstraße 7, A-6020 Innsbruck
Tel: 0800/22 55 22, Fax: +43 512 5340-1459
wirtschaftspolitik@ak-tirol.com, www.ak-tirol.com

Bundesarbeitskammer
Prinz-Eugen-Straße 20-22
1040 Wien

G.-Zl.: WP-IN-2021/1597/DORI/SAZO
Bei Antworten diese Geschäftszahl angeben.

Dr. Domenico Rief

DW: 1455

Innsbruck, 18.03.2021

Betrifft: One Mobility Gesetz - Klimaticketgesetz

Bezug: Ihr Schreiben vom 18.03.2021
zust. Referent: Mag.^a Leodolter Sylvia

Sehr geehrte Frau Mag.^a Leodolter,

die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol begrüßt die Einführung einer österreichweiten Jahresnetzkarte für den öffentlichen Personenverkehr. Wir sehen aber angesichts des Bestehens von Verkehrsverbänden in allen Bundesländern keine Notwendigkeit zur Gründung einer eigenen „One Mobility GmbH“ zur Organisation des Vertriebs dieses „Klimatickets“. Diese zusätzliche Struktur, welche zudem zur Gründung von Tochtergesellschaften berechtigt sein soll, erachten wir aus Kostengründen für überflüssig. Diese Kosten sollten besser für eine langfristige günstige Preisgestaltung dieses Jahrestickets aufgewendet werden. Die Aufgabe der Koordinierung der Landesverkehrsverbände könnte unseres Erachtens auch ein hierfür Beauftragter des zuständigen Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie übernehmen.

Besteht hingegen der unverrückbare politische Wille, eine solche Gesellschaft auf Bundesebene zu gründen, so sehen wir als AK Tirol hierin die einmalige Chance, diese entgegen der Bestimmung in § 1 Abs. 1 des Gesetzesentwurfes nicht in der Bundeshauptstadt Wien, sondern in einem anderen Bundesland, vorzugsweise sogar außerhalb der jeweiligen Landeshauptstadt, im ländlichen Raum anzusiedeln. Dies würde Beschäftigungschancen unter anderem auch für höher Qualifizierte im

ländlichen Raum schaffen und im Sinne des Klimaschutzes – immerhin geht es um die Einführung eines Klimatickets – dazu beitragen, Pendelverkehr in Richtung Ballungszentren zu vermeiden. Angesichts der Tatsache, dass einer der beiden Antragsteller im Nationalrat aus einer Kleinstadt in Tirol stammt, sollte zumindest dieses Ansinnen bei ihm auf offene Ohren stoßen. Eine Tiroler Gemeinde würde sich für den Sitz dieser Gesellschaft jedenfalls eignen.

Wir ersuchen Sie, diese Vorschläge in der Stellungnahme der Bundesarbeitskammer zu berücksichtigen und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

Der Präsident:



Erwin Zangerl

Der Direktor:



Mag. Gerhard Pirchner